

“Meinungsfreiheit schützen und dabei Hassrede bekämpfen“



Am 29. Januar 2021 diskutierten Studentinnen und Studenten des Master-Studiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen (HVF) Ludwigsburg und internationale Jugenddelegierte des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

des Europarates mit Expertinnen und Experten über das Thema Hassrede im Internet und die Frage nach der Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Im Zentrum der digitalen Konferenz zum Thema „Human Rights in the Digital Age, Hate Speech, and the Role of the Council of Europe“ standen insbesondere die Frage, wie Hassrede in einer digitalisierten und zunehmend polarisierten Welt eingedämmt und gleichzeitig die universelle Meinungsfreiheit geschützt werden kann. Außerdem diskutierten die Anwesenden, mit welchen Maßnahmen und Strategien auf internationaler Ebene diesem bedrohlichen Trend entgegengewirkt werden könnte?



Europaminister Guido Wolf richtet Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Anhaltspunkte dafür lieferten sehr persönliche Erfahrungsberichte betroffener Politiker wie dem Europaabgeordneten Robert Biedron aus Polen und dem Bürgermeister der Stadt Haarlem, Jos Wiene. Beide sind in der jüngeren Vergangenheit immer wieder Anfeindungen und Gewaltandrohungen im Internet ausgesetzt gewesen. Wichtige Einblicke in die Arbeit des Europarats im Kampf gegen Hassreden gaben Prof. Barbara John, Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, und Onur Andreotti, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte. Auf die Wichtigkeit des Themas für die Landes- und Kommunalebene hatten zuvor der Europaminister Guido Wolf und der Ludwigsburger Landrat Dietmar Allgaier hingewiesen.

„Viele Politikerinnen und Politiker, besonders auf der lokalen und regionalen Ebene, haben persönliche Erfahrungen mit Hassrede im Internet machen müssen. Neben vielen Aktionen vor Ort und dem direkten Gespräch mit den Adressaten muss klar sein, dass internationale Menschenrechtsnormen, wie die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates, bei der Suche nach Antworten im Umgang mit Hassrede notwendig sind“, so der Ausrichter der Konferenz und Leiter der deutschen Delegation im Kongress des Europarates, Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer.



OB Dr. Vöhringer moderiert die Diskussion

Die Anwesenden waren sich einig, dass der Kampf gegen Hassreden im Internet künftig ein wichtiges Thema sein wird. Prof. Dr. Anna Steidle, Prorektorin der HVF, betonte, dass es das Anliegen der Studiengänge der HVF ist, die Studierenden optimal auf die neuen Herausforderungen im öffentlichen Dienst durch die Digitalisierung vorzubereiten. Ein besonderer Gewinn war es daher, dass auch junge Interessierte, allen voran Studentinnen und Studenten des Master-Studiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement, eigene Vorschläge und Ideen einbringen konnten. Die Ergebnisse der Konferenzen sollen in die zukünftige Arbeit im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat einfließen.

Informatives:

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) hat 324 Sitze, von denen Deutschland 18 innehat. Die Delegationen bestehen zur Hälfte aus Regional- und zur anderen Hälfte aus Kommunalpolitikern. Die Mission des KGRE ist die Förderung von kommunaler und regionaler Demokratie, Stärkung lokaler Selbstverwaltung und grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Der KGRE führt auch Wahlbeobachtung auf regionaler und kommunaler Ebene in den Mitgliedstaaten durch. Außerdem agiert der KGRE beratend für das Ministerkomitee im Bereich Kommunal- und Regionalpolitik. Leiter der deutschen Delegation ist der Oberbürgermeister der Stadt Sindelfingen, Dr. Bernd Vöhringer.

Weitere Informationen: <https://www.coe.int/en/web/congress>
<https://www.rgre.de/interessenvertretung/kongress/?L=0>